



Grosses Interesse am Altersforum Oberaargau und den Informationen der vier Referierenden (von links): Thomas Eggler, Christiana Brenk, Martin Lerch und François Felber.

Bilder: Walter Ryser

OBERAARGAU

Das Alter als grosse Herausforderung

Die Anzahl älterer Menschen steigt. Im Jahr 2050 wird die Schweiz doppelt so viele 80-jährige Personen zählen wie heute. Das Thema ist für Politik und Gesellschaft eine der ganz grossen Herausforderung im 21. Jahrhundert. Das Altersforum Oberaargau beschäftigte sich mit den aktuellen Problemen, den Risiken sowie Lösungsansätzen zum Thema Alterspolitik. «Alterspolitik ist Prävention», ermunterte Christiana Brenk (Inhaberin der Brenk Beratung, Thalwil) die anwesenden Gemeindevertreter, die Thematik mutig und entschlossen anzugehen.

Von Walter Ryser

Das Thema ist brandaktuell und beschäftigt die Gesellschaft. Es verwundert deshalb nicht, dass sich eine grosse Anzahl Personen im Dahlia Huttwil zum 21. Altersforum der Region Oberaargau einfand. Die Gemeindevertreter, Personen aus Institutionen und Organisationen, die sich mit Altersfragen beschäftigen, wollten sich darüber informieren, wie eine zukunftsfähige Alterspolitik aussehen könnte.

Armutsquote bei 11,5 Prozent

François Felber, Bereichsleiter Sozialberatung und Gemeinwesenarbeit bei Pro Senectute Kanton Bern, wies eingangs seines Referats auf die Ausgangslage der heutigen Alterspolitik hin und erwähnte, dass 1,7 Millionen Senioren in der Schweiz über eine existenzsichernde Rente verfügen und zufrieden sind mit ihrer finanziellen Situation. Es gibt laut Felber aber noch einen anderen Teil der älteren Bevölkerung, denn rund 300 000 Personen im Pensionsalter (20 Prozent) sind armutsgefährdet und rund 200 000 Personen (23,9 Prozent) sind tatsächlich armutsbetroffen.

«Rund 46 000 Personen ab 65 Jahren (3,2 Prozent) haben ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze und kein Wohneigentum oder liquide Mittel unter 30 000 Franken», gab er den Anwesenden zu verstehen. Im Kanton Bern liegt die Armutsquote bei den

Pensionierten bei 11,5 Prozent. Gemäss dieser Statistik leben laut Felber aktuell rund 126 Rentnerinnen und Rentner in Huttwil, die von Altersarmut betroffen sind. Die Auswirkungen von Altersarmut seien vielschichtig, führte er weiter aus und nannte als Gründe dafür eine schlechte, ungesunde Ernährung, eine mangelhafte Gesundheitsversorgung, Abgrenzung und Isolation, eine kritische Wohnsituation, Stress, Scham, psychische Belastung oder eine allgemeine Unzufriedenheit. Erstaunlich sei deshalb, dass nicht alle bezugsberechtigten Rentner Ergänzungsleistungen in Anspruch nähmen. Laut einer Studie sind es rund 15,7 Prozent der Rentner, was etwa 230 000 Seniorinnen und Senioren in der Schweiz entspricht. Umgerechnet auf Huttwil wären dies rund 170 Personen im Pensionsalter.

Die Gründe für den Nichtbezug liegen laut François Felber bei fehlender Information, der Angst vor einem sozialen Stigma (vor allem in ländlichen Gemeinden ausgeprägt) sowie Nicht-Erhalt wegen administrativer Fehler, aber auch weil die Möglichkeit von Ergänzungsleistungen in Beratungsgesprächen nicht angesprochen werde. Für den Referenten ist deshalb klar, dass Ergänzungsleistungen besser bekannt gemacht werden müssen, dass man Betroffene an Hilfsorganisationen vermitteln muss (Pro Senectute, SRK, Sozialdienste oder Kirchen) und dass die Zugänge zu Hilfsorganisatio-

nen besser publiziert werden müssen (Adressen, Internetseiten, Telefonnummern). Felbers Schlussfolgerung für eine zukunftsfähige Alterspolitik lautet deshalb: «Wir müssen bezahlbare Angebote wie Mittagstische, Ausflüge oder Treffen für vulnerable Senioren zur Verfügung stellen. Weiter gilt es, die Bedürfnisse der Senioren abzuholen, um spezifische Angebote zu schaffen. Hilfreich wäre aber auch eine weniger hohe Besteuerung von älteren Personen an der Armutsgrenze, und nicht zuletzt müssten die Renten an die Teuerung angepasst werden.»

Wohnen im Alter

Thomas Eggler, Leiter Sozialamt bei der Stadt Langenthal, stellte anschliessend eine Studie vor, die von der Stadt Langenthal in Auftrag gegeben wurde und die sich mit dem Thema Wohnen im Alter befasst. Dabei seien einige überraschende Ergebnisse herausgekommen. Für die ältere Bevölkerung in Langenthal stehen eine umfassende Gesundheitsversorgung, gute Wohnangebote sowie eine altersgerechte Quartiergestaltung im Vordergrund. Daraus würden sich verschiedene Handlungsfelder ergeben. So gelte es, durch Information und Unterstützung die Wohnmobilität zu erhöhen oder es seien differenzierte Wohnbauprojekte für alternde Menschen im Kontext der integrierten Versorgung und mit Quartierbezug zu schaffen. Gemäss Eggler sollte auch die Finanzierung von

Dienstleistungen für EL-Beziehende zur Erhöhung der Wohnautonomie geprüft werden und nicht zuletzt seien eine stärkere Vernetzung und Kooperation der Handelnden im Altersbereich sowie gemeinsame Projekte anzustreben. Weiter plädierte der Leiter des Sozialamtes für die Schaffung einer Alterskompetenzstelle in der Stadt als Ansprechstelle für Alters- und Generationsfragen. Bei der Wohnraumpolitik gelte es, den Fokus auf besonders betroffene Quartiere zu legen und hier seien eine altersgerechte Gestaltung anzustreben sowie organisierte Wohnformen zu fördern. Im Bereich der Gesundheitspolitik müssten vermehrt Unterstützungsstrukturen geprüft und gefördert werden (Wohnberatung, Alltagsassistenten und Haushaltsführung sowie Begleitung und Betreuung).

Einen weiteren Blick auf eine zukunftsfähige Alterspolitik warf dann Christiana Brenk, Inhaberin Brenk Beratung in Thalwil, die sich mit Beratung, Begleitung, Konzeption und Projektleitung im Alters-, Gesundheits- und Sozialbereich engagiert. Das oberste Ziel der Alterspolitik müsse es sein, ältere Menschen als gleichberechtigte Mitglieder in die Gesellschaft zu integrieren, appellierte sie gleich zu Beginn an die anwesenden Gemeindevertreter. Die Herausforderung in der Alterspolitik besteht laut Christiana Brenk darin, dass Gesellschaft und Politik bei diesem Thema mit gewissen Mega-Trends konfrontiert seien, die sich als zusätzliche Knacknuss auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Alterspolitik erweisen würden.

Es braucht echte Transformation

Da sei einmal der Mega-Trend Mobilität, der dazu führe, dass wir uns heute vermehrt aus der Distanz um unsere Angehörigen kümmern würden und nicht mehr vor Ort im selben Dorf oder Haus. Die fortschreitende Individual-

sierung führe dazu, dass sich die jüngeren Generationen zwar immer noch freiwillig engagieren würden, aber ganz anders als die ältere Generation. Das Engagement sei flexibler und kurzfristiger und müsse auch die individuellen Wünsche erfüllen. Ein weiterer Mega-Trend sei der Fachkräftemangel, der dazu führe, dass in allen Bereichen im Gesundheitswesen Personal fehle. Gleichzeitig steige der Versorgungsbedarf für Menschen mit Demenz. Weiter wies Christiana Brenk darauf hin, dass zahlreiche pflegende Angehörige selber alt seien.

Ein letzter grosser Mega-Trend betreffe aktuelle gesellschaftliche Veränderungen. So seien die Bedürfnisse der Menschen, auch von älteren Personen, heute stark im Wandel. Für den Umgang mit diesen Herausforderungen gebe es kein allgemeingültiges Rezept oder eine mathematische Formel, betonte die Referentin. Sie ist aber überzeugt, dass die Herausforderungen zu meistern sind, wenn wir uns bewusst werden, «dass es bei komplexen Fragestellungen echte Transformation braucht: Etwas Neues, von dem wir nicht wissen, wie es herauskommt. Aber in erster Linie braucht es Wille, Zeit und Vertrauen, denn Alterspolitik ist Prävention», schloss sie ihre Ausführungen.

Für den Abschluss des Altersforums sorgte dann der Langenthaler SVP-Grossrat Martin Lerch, der Informationen aus dem Grossen Rat sowie der kantonalen Gesundheits- und Sozialkommission vermittelte. Dabei wies er darauf hin, dass er zusammen mit 18 weiteren Mitunterzeichnenden eine Motion eingereicht habe, die den Regierungsrat auffordert, die Altersstrategie 2016 zu aktualisieren, die integrierte Altersversorgung zu fördern und Anreize zur regionalen Kooperation zu schaffen. Sein Anliegen soll in der Frühlingssession 2024 im Grossen Rat behandelt werden.



Die gesamte zwölköpfige Belegschaft der Heller Garage AG aus Gettnau besuchte Paris, die Heimatstadt von Citroën. Bild: zvg

GETTNAU

Heller Garage AG reiste nach Paris

Seit 1960 ist die Heller Garage AG aus Gettnau Citroën-Vertretung. Grund genug für einen Wochenendtrip nach Paris, der Heimat des traditionsreichen französischen Autoherstellers. Vor kurzem reiste nun die gesamte zwölköpfige Belegschaft in die Stadt

an der Seine. Dort besichtigte sie unter anderem den Eiffelturm, das lauschige Montmartre-Quartier und den futuristischen Stadtteil La Défense. Zusammen mit der Inhabersfamilie Heidi, Beat und Roland Heller genossen die Angestellten die vielen Sehenswürdigkeiten, das pulsierende Leben und die französische Küche. Offeriert wurde der gesamte Ausflug von Heidi und Beat Heller als Dankeschön für die jahrelangen treuen Dienste des Teams. **PR**

KANTON BERN

Erneute Abstimmung über Spital

Sechs Gemeinden im Obersimmental und im Saanenland stimmen am 19. November erneut über ein Gesundheitsversorgungsmodell ab. Kernpunkt des Projekts ist der Erhalt des Spitals Zweisimmen. Bereits im August sagten die Stimmberechtigten in sechs von sieben Gemeinden Ja – eine einzige scherte aus.

In der kleinen Gemeinde Gsteig resultierte damals ein hauchdünnes Nein von einer einzigen Stimme Unterschied. Damit war das Projekt «Gesundheitsnetz Simme Saane» formell vom Tisch, denn die Gemeinden hatten vereinbart, dass es die Zustimmung aller sieben Gemeinden braucht. Rasch waren sich die sechs deutlich zustimmenden Gemeinden einig, dass nicht eine einzige Stimme über das Wohl und Weh der Gesundheitsversorgung einer ganzen Region entscheiden könne. Boltigen, Lauenen, Lenk, Saanen, St. Stephan und Zweisimmen schickten sich an, das Projekt ohne Gsteig durchzuziehen.

Damit sich auch der Kanton mit rund zwei Millionen Franken pro Jahr finanziell beteiligt, braucht es erneut ein Volks-Ja. Die entsprechende Abstimmung in den sechs Gemeinden findet am 19. November statt.

Alles unter einem Holding-Dach

Die Stimmberechtigten befinden einerseits über einen jährlich wiederkehrenden Beitrag in der Höhe von 1,5 Millionen Franken ab Anfang 2025. Andererseits über einen jährlich wiederkehrenden Beitrag von 300 000 Franken für den Aufbau und die Entwicklung des Gesundheitsnetzes von 2024 bis 2028. Die Beiträge werden ge-

mäss einem Schlüssel auf die Gemeinden verteilt. In der Gemeinde Gsteig wurde eine Wiedererwägungs-Initiative angestossen. Sie soll am 8. Dezember an der Gemeindeversammlung debattiert werden.

Das «Gesundheitsnetz Simme Saane» will das Akutspital Zweisimmen, das Geburtshaus Materinté Alpine, Alterswohnheime in Saanen und Zweisimmen sowie die Spitex Saane-Simme unter einem Holdingdach zusammenführen. Das in die Jahre gekommene Spital soll durch einen Neubau ersetzt werden. Die Befürworter des Gesundheitsnetzes wehren sich gegen eine Schliessung des Spitals Zweisimmen. Diese würde auch das Ende des Geburtshauses bedeuten. Teile der Bevölkerung müssten dann über 50 Kilometer weit fahren, um ein Spital zu erreichen. Die Gegner wiederum führen ins Feld, dass es nicht Aufgabe von Gemeinden sein könne, ein Spital zu führen und zu finanzieren. **sda/UE**